



**Die Gewerkschaft.  
Le Syndicat.  
Il Sindacato.**

Rede 1. Mai 2015, Basel und Dietikon  
**Vania Alleva, Co-Präsidentin der Gewerkschaft Unia**

(Es gilt das gesprochene Wort, Sperrfrist: 11:00 Uhr, 01.05.2015)

## **Nein, wir wollen euren totalen Markt nicht!**

Der Klassenkampf von oben ist noch brutaler geworden. Und noch zynischer. Seit die Schweizerische Nationalbank zu Beginn dieses Jahres in die Knie gegangen ist; seit SNB-Präsident Thomas Jordan den Spekulanten grünes Licht zur Jagd auf den Schweizer Franken gegeben hat, gehen die neoliberalen Kaputtmacher und Anhänger auf Frontalangriff:

- Sparen!
- Bürokratie abbauen!
- Kosten senken!

Dieser Frontalangriff richtet sich gegen uns! Angegriffen werden wir. Wir, die Arbeitnehmenden, die sich jahrzehntelang für unser Unternehmen eingesetzt haben, und jetzt einfach kalt abserviert werden.

Zum Beispiel bei der Basler Gebäudetechnikfirma Sauter. Sie hat die Arbeitszeit von 40,8 auf 44 Wochenstunden erhöht und Lohnsenkungen angekündigt. Und jetzt sollen trotzdem 200 Arbeitsplätze nach Deutschland ausgelagert werden. Erst müssen die Arbeitnehmenden mit Gratisarbeit und Lohnkürzungen die Zeche für den starken Franken bezahlen, dann werden sie gefeuert.

Zum Beispiel bei der St.Galler Maschinenfabrik Gallus Ferd. Ruesch AG. Sie hat diese Woche nicht nur 26 Mitarbeitende ohne Sozialplan auf die Strasse gesetzt, sondern gerade auch noch 14 Lehrverträge aufgelöst.

Zum Beispiel bei der Tessiner Kunststofffirma Exten, welche die ohnehin schon tiefen Löhne der Mitarbeitenden massiv kürzen wollte, um 16 Prozent bei den Einheimischen, sogar um 26 Prozent bei den Grenzgängern.

Ich kann die Liste von Angriffen, die wir zurzeit in Schweizer Unternehmen erleben, hier nicht fortsetzen. Sie ist lange. Viel zu lange. Tatsache ist: Die neoliberalen Klassenkämpfer zerstören die Zukunft unserer Jugend. Die Existenzgrundlage von vielen Tausend Arbeitnehmenden und ihrer Familien. Und es werden noch viel mehr werden, wenn wir den krassen Fehlentscheid der SNB nicht schleunigst korrigieren können.

Wenn es nach dem Willen der Anhänger des totalen Marktes geht, sollen aber nicht nur die Beschäftigten einzelner Unternehmen Opfer bringen. Bluten sollen wir alle. Die Multimilliardäre vom Schlage eines Blochers, die Ermottis, Grübels und wie die Millionen-Abzocker alle heissen. Sie wollen die Gunst der Stunde nutzen. Krise, Arbeitslosigkeit, Angst – das kommt ihnen grade Recht, um ihre sogenannten Reformen durchzudrücken.

Im Klartext heisst das:

- Sie wollen unsere Sozialwerke aushöhlen, Renten kürzen und das Recht auf Existenzsicherung kappen.
- Sie wollen unseren bewährten Service public und unser Gesundheitswesen privatisieren und dem Markt zum Frass vorwerfen.
- Sie wollen unsere Gesamtarbeitsverträge und unsere Arbeitsbedingungen zerstören, Lohndumping zulassen und so die Löhne drücken.
- Und schliesslich wollen sie die Energiewende rückgängig machen, um weiterhin unsere Umwelt zu verbrauchen und unser Klima für immer aus dem Gleichgewicht bringen zu können ...

Dabei verfolgen sie die immer gleichen Ziele:

- Steuersenkungen für die Reichen,
- neue Märkte für das Kapital,
- immer noch mehr Profite für sich selbst.

Und ihre Freunde in den bürgerlichen Parteien, ihre Propagandisten in gewissen Medien und auf universitären Lehrstühlen, sind willfährige Helfer.

Damit dürfen sie nicht durchkommen. Denn die Folgen für die Schweiz wären fatal:

Die Schweiz ist schon heute ein extrem ungleiches Land. Zwei Prozent der Superreichsten besitzen gleich viel Vermögen wie die restlichen 98 Prozent. Nur Namibia und Simbabwe haben heute eine noch ungerechtere Vermögensverteilung als die Schweiz. Mehr Ungleichheit, noch mehr Egoismus verträgt es nicht. Das würde den sozialen Zusammenhalt in unserem Land vollends zerstören.

Immer noch mehr Markt, immer extremere Ungleichheit führen zu noch mehr Ausgrenzung. Das Resultat ist ein unmenschlicher Kampf, jeder gegen jede. Die sozial Schwachen fallen aus allen sozialen Sicherungsnetzen. Ältere Arbeitnehmende, schlecht Gebildete und Migrantinnen werden auf dem Arbeitsmarkt massiv diskriminiert. Sanspapiers und ihre Familien werden ganz aus der Gesellschaft verstossen.

Politisch profitieren davon die fremdenfeindlichen Scharfmacher am rechten Rand. Ihr Zerrbild einer heilen Festung Schweiz, welche bedroht sei durch wilde Barbarenhorden, ist zwar völlig realitätsfern. Doch die Angst treibt immer mehr Menschen in die Fänge dieser rechten Bauernfänger, mit ihren miesen kleinen Versprechen auf nationale Privilegien.

Hier schliesst sich der Kreis: Wenn die Ungleichheit feudale Ausmasse annimmt, dann kommen auch die Werte unter Beschuss, welche die Basis unseres aufgeklärten demokratischen Rechtsstaates bilden. Die hetzerischen Angriffe der SVP auf unsere Grundrechte, auf die Menschenrechte und auf die friedliche internationale Zusammenarbeit, zeigen das klar: Der totale Markt führt geradewegs in die autoritäre Volksgemeinschaft.

Das lassen wir nicht zu.

Nein, wir wollen euren totalen Markt nicht!

Nein, wir wehren uns!

**Wir wehren uns auf politischer Ebene.** Zusammen mit allen Menschen und Organisationen, die sich ebenfalls für die Grundwerte unserer freien, demokratischen Gesellschaftsordnung einsetzen: Für soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit, gleiche Rechte für alle, Solidarität und eine nachhaltige Wirtschaft.

Konkret:

- Wir treten ein für den Schutz der Realwirtschaft gegen die Raubzüge des Finanzkapitals. Die SNB muss ihren Fehler korrigieren, eine Frankenobergrenze garantieren und damit die Devisenspekulanten kalt stellen. Langfristig braucht es eine Kapitaltransaktionssteuer.
- Wir treten ein für die gerechte Besteuerung der Riesenvermögen, welche die reichsten 2 Prozent in unserem Land angehäuft haben. Es braucht einen Ausgleich, das ist nur fair. Stimmen wir im Juni Ja zur Erbschaftsteuerinitiative und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit der AHV.
- Wir treten ein für die Lohngleichheit von Frauen und Männern. Mit einer eindrucklichen Demonstration auf dem Bundesplatz in Bern haben wir Anfang März gezeigt, dass die Politik den vielen Worten endlich Taten folgen lassen muss.
- Wir treten ein für die demokratischen Grundrechte und für die Menschenrechte. Schliessen wir uns zusammen zu einer breiten Allianz gegen die Volksverhetzungs-Initiativen der SVP, welche die Menschenrechte für die Schweiz ausser Kraft setzen wollen!
- Wir treten ein gegen neue Diskriminierungen. Mit den vom Bundesrat vorgeschlagenen Kontingentregelungen droht ein Rückfall in die Zeit des Saisonierstatuts. Das ist inakzeptabel: Völlig entrechtete Arbeitsmigranten, die von ihren Familien getrennt in armseligen Baracken hausen oder ihre Kinder verstecken müssen: Das darf in der Schweiz nie mehr passieren.
- Und wir treten ein für die Energiewende. Für den Ausstieg aus der Ölabhängigkeit und aus der Atomkraft. Für den Einstieg in intelligente Zukunftstechnologien, welche unsere Welt auch für künftige Generationen sichern helfen.

**Wir wehren uns auch auf internationaler Ebene.** Denn der Klassenkampf von oben findet nicht nur in der Schweiz statt. Die Banken und die internationalen Hedge Fonds haben mit ihren Spekulationsgeschäften die Weltwirtschaft an den Rand des Abgrunds getrieben. Einige wie die UBS auch sich selber. Sie wurden mit unseren Steuergeldern saniert. Und jetzt kassieren sie wieder: Absurde Renditen auf Kosten der Bevölkerung im Süden Europas. Kredite bekommt nur, wer die Löhne drückt, die Renten kürzt, Stellen streicht und privatisiert. In Griechenland sind heute mehr Leute ohne Arbeit als mit. Und es gibt wieder Typhus.

Die griechische Bevölkerung hat Syriza an die Regierung gewählt. Und damit die Hoffnung auf eine Alternative. Ob die sozialen Bewegungen in Griechenland – und hoffentlich auch bald in Spanien und in anderen Ländern – den Kampf gegen die Spekulationsprofiteure gewinnen, ist auch für uns hier in der Schweiz entscheidend. Ihnen gilt unsere Solidarität. Nicht mit den Schweizer Banken, die mit den griechischen Steuerfluchtmilliarden dicke Gewinne machen. Wir fordern, dass die Schweiz endlich Transparenz schafft über dieses Geld. Die Schweiz muss endlich aufhören mit der Beihilfe zur Steuerhinterziehung. Das ist der Kampf, den wir hier führen müssen.

**Und schliesslich wehren uns da, wo wir tagtäglich unterwegs sind, um die Sorgen der Menschen zu hören und ihnen beizustehen. Wir wehren uns für die Löhne, die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsplätze in den Betrieben und Branchen.**

Wir verlangen, dass die Gesamtarbeitsverträge ausgebaut und respektiert werden. Wir verlangen wirksamere flankierende Massnahmen zur Personenfreizügigkeit. Lohnkontrollen sind dringend nötig. Und notfalls sorgen wir dafür, dass die Arbeiten auf einer Baustelle eingestellt werden. Nur so können wir die in der Schweiz geltenden Löhne und Arbeitsbedingungen effektiv vor Dumping schützen.

Und wir kämpfen gegen Lohnsenkungen, Arbeitszeitverlängerungen und Entlassungen.

Denn: Es gibt eine Alternative zum Neoliberalismus. Widerstand ist möglich. Der Kampf für eine gerechtere Welt macht Sinn. Auch hier in der Schweiz.

Fabiano Galano, ein 44-jähriger Maschinenführer in der Firma Exten, erzählt, wie er zusammen mit seinen Kollegen und Kolleginnen die Zumutungen der Chefs abgewehrt hat. Mit einem achttägigen Streik. Er sagt: «Die ganze Streikwoche über gab es immer wieder diese Momente der Angst. Aber auch ganz neue Erfahrungen. Vor dem Streik waren wir Kollegen. Im Streik wurden wir Freunde. Es ist eine schöne Erfahrung, wenn alle zusammenstehen, um den Respekt vor sich selbst wiederzufinden.»

In diesem Sinne: Lassen wir uns keine Angst machen. Lasst uns Freunde sein.

Ich wünsche euch ein schönes 1. Mai-Fest.